

## SELZACH

### **Manna für die Parteien aus der Gemeindekasse**

Der Selzacher Gemeinderat will ab diesem Jahr alle im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien mit 2000 Franken unterstützen. Dies nachdem SP und CVP um Unterstützung gebeten hatten.

Die Selzacher Ortsparteien CVP und SP haben im letzten Herbst Beitragsgesuche eingereicht. Die Ortsparteien würden sich zum Wohl der Bevölkerung einsetzen und einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Gemeinde leisten. Die aus Gemeindepräsident, dem Vizepräsident und den Fraktionspräsidenten zusammengesetzte Verwaltungskommission brachte das Anliegen in den Gemeinderat, um einen grundsätzlichen Entscheid zu bewirken.

Vizepräsident Andreas Hänggi (FdP) bekräftigte an der Sitzung seine bereits in der Verwaltungskommission vertretene ablehnende Haltung, nun auch mit Zustimmung seiner Fraktion: «Parteien, die sich ihren Betrieb nicht selber erwirtschaften können, haben nach meinem Dafürhalten kaum noch genügend Rückhalt in der Gemeinde.» Weiter machte Hänggi darauf aufmerksam, dass die stadtbernerische Bevölkerung am letzten Wochenende eine Finanzierung der Parteien an der Urne abgelehnt habe.

### **Mit 7 zu 4**

Manfred Zeller (SP) und Erika Christ (CVP) setzten sich für Beiträge der Gemeindekasse an die Parteien ein: «Es geht nicht darum, Mitglieder von Parteien für ihre Arbeit zu entschädigen», erklärte Manfred Zeller, «vielmehr sollen die Parteien einen Beitrag an die Kosten für Material und Öffentlichkeitsarbeit erhalten.»

Ruth Bur (SP) unterstützte die Parteienfinanzierung ebenfalls und beantragte für alle im Gemeinderat vertretenen Parteien einen einheitlichen Gemeindebeitrag von 2000 Franken. Diesem Antrag stimmte der Rat schliesslich mit 7 gegen 4 Stimmen zu.

### **Fussballplatz sanieren**

Grosszügig war der Gemeinderat auch gegenüber dem Fussballclub. Dieser hatte der Gemeinde bereits im letzten Herbst beantragt, einen Baum in der Nähe des Spielfeldes zu fällen und das unterwurzelte Terrain zu sanieren. Finanzen und Ressourcen des Vereins würden es nicht erlauben, diese Sanierung aus eigener Kraft vorzunehmen, begründete der Klub sein Gesuch.

Es ertete Zustimmung im Gemeinderat: Bauverwalter Rudolf Löffel kam nach Abklärungen mit Förster Thomas Studer sogar zum Schluss, dass für eine Lösung des Problems alle drei Silberpappeln beim Spielfeld zu fällen seien. Auch was die Rasenpflege anbelange, stimme die Bauverwaltung den Vorstellungen des Fussballclubs grundsätzlich zu. Der Werkhof verfüge nicht über die notwendigen Spezialmaschinen, und deshalb sei es zweckmässig, die Arbeiten an einen Unternehmer zu übertragen.

### **10 000 Franken**

Auf Vorschlag von Gemeindepräsident Viktor Stüdeli stimmte der Gemeinderat einem Kredit von 10 000 Franken für die Baumfällaktion und die Sanierung des Strafraumes zu. Zudem soll Stüdeli mit dem Fussballclub eine Lösung betreffend Unterhalt des Spielfeldes und des Trainingsfeldes aushandeln.

Danach solle er eine bereinigte Vorlage für den Gemeinderat vorlegen. Zu klären sei vor allem, ob die Plätze noch vor dem Start der Rückrunde saniert werden könnten und welchen Beitrag der FC zu leisten im Stande sei, hiess es im Selzacher Gemeinderat. cbs/st

*zur abgelehnten Parteienfinanzierung*

## «Spendenmarkt ist verzerrt»

Die gescheiterte Vorlage hätte die kleinen Parteien benachteiligt, sagt der Politologe Michael Brändle. Die Parteien staatlich zu fördern hält er hingegen für notwendig. Aber nicht zwingend mit Geld.

### - Interview: Hugo Wyler Merki

Herr Brändle, hat sie das Nein in der Stadt Bern zur Parteienfinanzierung überrascht?

Michael Brändle: Nein. Vorlagen, die eine Finanzierung der Parteien durch die öffentliche Hand vorsehen, haben praktisch keine Chance. Hier in Bern hätte die Vorlage auf Grund des hohen links-grünen Wähleranteils noch eher eine Chance gehabt. Denn Linke und Grüne setzen sich eher für Parteienförderung ein.

Was ist schief gelaufen?

Das Resultat fiel mit 47,1 Prozent Ja-Stimmen doch relativ knapp aus. Es ist aber sehr schwierig, das Anliegen für eine Parteienfinanzierung gut zu begründen. In der Debatte wurde vor allem argumentiert: Die Parteien sind wichtig, sie haben aber zu wenig Geld. Das überzeugt nicht.

Was würde denn überzeugen?

Die Parteien müssen im Vorfeld der Abstimmung dieselbe Transparenz herstellen, die sie mit der Offenlegung der Spendengelder bezwecken wollen. Die Befürworter hätten konkret aufzeigen müssen, weshalb ihnen Geld fehlt, wie hoch der Anteil des staatlichen Geldes in ihrem Budget wäre und wofür sie dieses Geld einsetzen wollen.

Die Parteien hätten entsprechend ihrer Wählerstärke unterstützt werden sollen.

Das war eine grosse Schwäche der Vorlage. Wenn man schon eine Parteienfinanzierung einführt, dann muss man die kleinen Parteien gegenüber den grossen eher bevorzugen. Sonst riskiert man eine Erstarrung des Systems: Die grossen können sich immer stärker professionalisieren, während die kleinen immer mehr in Rücklage geraten.

Nur 27 Prozent der Stimmberechtigten gingen an die Urne. Deutet dies an, dass die Leute das Interesse am politischen System verloren haben?

Das Misstrauen in die Politik und die Parteien ist da. Wenn es dann darum geht, den Parteien Geld der öffentlichen Hand zu geben, wird das Misstrauen nur noch grösser.

Wozu brauchen wir denn überhaupt Parteien?

Sie rekrutieren das Personal für politische Ämter: etwa für Schulkommissionen und Vormundschaftsbehörden bis zu Parlament und Bundesrat. Die andere wichtige Aufgabe ist die Meinungsbildung. Im Unterschied zu Verbänden, die ausschliesslich ihre Interessen vertreten, müssen sich die Parteien zu allen Themen äussern.

Und wie gut sind die Parteien noch in der Lage, ihre Funktion wahrzunehmen?

Sie kämpfen permanent darum, im Medienrummel nicht unterzugehen. Mit Ausnahme der SVP verlieren sie gleichzeitig Mitglieder und haben grosse finanzielle Probleme. Unter dem Strich ist zu sagen: Die Parteien befinden sich in einer schwierigen Lage, um Politik und politische Werbung zu betreiben.

Befindet sich unser politisches System in der Krise?

Ich würde nicht so weit gehen, dies zu behaupten. Das politische System funktioniert. Es liegt nicht paralytisch am Boden. Aber: Die Parteien haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre Inhalte glaubwürdig zu vermitteln.

Das Thema Parteienförderung ist in der Stadt Bern wohl noch nicht abgeschlossen. Wie können die heutigen Probleme behoben werden?

Die politische Arbeit muss besser abgestützt werden. Parteienförderung heisst eben nicht nur, dass staatliche Gelder direkt in die Parteikassen fliessen. Es gibt noch x andere Möglichkeiten.

Zum Beispiel?

Der Staat könnte Sachdienstleistungen erbringen - wie das Finanzieren von Wahlzetteln, vom Versand der Wahl- und Abstimmungsbroschüren. Weiter könnte er Plakatwände zur Verfügung stellen, Beiträge für Bildung, Jugendförderung oder Politikforschung auf nationaler Ebene sprechen. Oder: Indem man die Spenden als abzugsberechtigt bei den Steuern erklärt, könnte man die Ressourcen der Parteien verbessern. Sind die bürgerlichen Parteien, wie oft behauptet, die grossen Profiteure unseres liberalen Systems, das keine Transparenz bei Parteispenden vorschreibt?

Man argumentiert tatsächlich immer, dass bei einer Offenlegung vor allem die Parteispenden von Unternehmen abnehmen würden. Doch das lässt sich nicht belegen. Man kann aber sagen, dass sich die Linke vorwiegend aus Beiträgen und Spenden ihrer Mitglieder finanziert, während bei den Bürgerlichen die parteifremden Spenden einen grossen Budgetanteil ausmachen. Es gibt jedoch sehr wenig Informationen darüber, woher, in welcher Höhe und in welcher Form Spenden geleistet werden. Für den demokratischen Meinungsbildungsprozess ist es keine besonders gute Voraussetzung, wenn die Öffentlichkeit nicht weiss, wie sich die Akteure finanzieren.

Also besteht Handlungsbedarf.

Ja. Das Problem des heutigen Systems ist, dass es unausgeglichen ist. Die Parteien müssen auf dem freien Spendenmarkt um Geld werben. Dieser Markt ist aber verzerrt. Gewisse politische Haltungen, sprich wirtschaftsfreundliche Parteien, sind auf diesem Markt erfolgreicher als andere. Und das ist für eine ausgewogene demokratische Meinungsbildung problematisch. ·

## **zur Person**

### **Michael Brändle**

Der 32-jährige Michael Brändle ist Politologe und Autor des ersten umfassenden Werks über die Parteienförderung in der Schweiz. Darin zieht er auch internationale Vergleiche. Das Buch «Strategien der Förderung politischer Parteien» ist letztes Jahr im Paul Haupt Verlag erschienen. Brändle ist auch Verfasser mehrerer Studien zur Situation der Parteien in der Schweiz. wyl

Bild urs baumann«Die Parteien haben zunehmend Probleme, ihre Inhalte zu vermitteln»: Michael Brändle sieht Handlungsbedarf.

Inland

## **Bern will keine Parteienfinanzierung**

Die Berner wollen nicht, dass die politischen Parteien aus der Stadtkasse mitfinanziert werden. Trotz dem knappen Nein an der Urne ist für den Gemeinderat das Thema Parteienfinanzierung noch nicht vom Tisch. Bern. Der Berner Gemeinderat ist gestern von der Stimmbevölkerung zurückgepfiffen worden: Mit knappen 10 567 zu 9399 Stimmen wurde das revidierte Reglement über die politischen Rechte abgelehnt. Die Stimmbeteiligung betrug 27,21 Prozent. Das Reglement, welches unter anderem das städtische Wahlprozedere regelt, ist an einem umstrittenen Punkt gescheitert: An der Parteienfinanzierung. Die Stadt Bern wollte den im Stadtrat vertretenen Parteien fünf Rappen pro Wählerstimme bezahlen. Im Gegenzug hätten die Parteien die Herkunft ihrer Spenden offenlegen müssen. Die Stadtkasse wäre mit insgesamt 135 000 Franken belastet worden.

### **Nur falsches System?**

«Ich bin nicht riesig erstaunt», kommentierte gestern Berns Stadtpräsident Klaus Baumgartner (SP) die Niederlage des Gemeinderates. Er interpretierte den Ausgang der Abstimmung jedoch so, dass die Bevölkerung nicht gegen die Parteienfinanzierung an sich, sondern gegen das gewählte System gestimmt hat. Differenzen habe es in erster Linie darum gegeben, weil sich kleinere Parteien durch den Verteilschlüssel benachteiligt gefühlt hätten. Trotz dem Nein ist das Thema für Baumgartner somit noch nicht vom Tisch. Er findet nach wie vor, «dass es die Parteien bitter nötig haben, von der öffentlichen Hand unterstützt zu werden», zumal sie im demokratischen Meinungsbildungsprozess eine äusserst wichtige Rolle spielten. Die städtische Finanzhilfe brächte den Parteien mehr Professionalität und eine grössere Unabhängigkeit von «gewissen Geldgeberkreisen». Baumgartner: «Was die Parteienfinanzierung anbelangt, müssen wir nun nach einer politischen Lösung suchen.» Allerdings denkt der Stadtpräsident nicht daran, von sich aus einen neuen Vorschlag auszuarbeiten. Er spielt den Ball den anderen zu: «Es ist nun an den Parteiführungen, zusammensitzend und eine Kompromisslösung, die von allen akzeptiert werden kann, auszuarbeiten.»

Die Sieger der Abstimmung hingegen sind nicht gewillt, nach einer Kompromisslösung zu suchen. «Warum sollten wir Hand bieten für etwas, das wir gar nicht wollen», sagt CVP-Stadtrat Daniel Kast. «Es wird keinen runden Tisch geben.» FDP-Stadtrat Philippe Müller fordert den Gemeinderat auf, den Volksentscheid gefälligst zu akzeptieren. «Das Volk hat über eine Grundsatzfrage abgestimmt, nicht über einen Modus zur Parteienfinanzierung.» Das Volk wolle nicht, dass Politik gegen Geld gemacht werde.

### **Neues Finanzierungssystem**

Der Berner Politologe Andreas Ladner hingegen ist davon überzeugt, dass sich die politischen Parteien über kurz oder lang neue Organisations- oder zumindest neue Finanzierungsformen suchen müssen - insbesondere, weil fast alle Parteien von einem massiven Mitgliederschwund betroffen seien. Die Überalterung sei eine «Zeitbombe, auf der die Parteien sitzen». Die Parteien seien es, die das Funktionieren der Demokratie erst ermöglichten, sagt Ladner. Um sie zu erhalten, kann er sich durchaus eine öffentliche Parteienfinanzierung vorstellen. Wie diese im Detail aussehen könnte, müsste aber eingehend geprüft werden. Ladner: «Auf jeden Fall dürften nicht nur die grössten Parteien davon profitieren.»

Christine Brand

Front

## **Kein Geld für Parteien**

### **Stadt Bern sagt Nein zur Parteienfinanzierung**

Das Reglement über die Politischen Rechte ist gestern vom Stadtberner Stimmvolk mit 52,9 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden. Nebst der unumstrittenen Reglementierung von Initiativ- und Referendumsrechten sowie des Abstimmungsverfahrens ging es um eine Parteienfinanzierung mittels Beiträgen aus der Stadtkasse, die Offenlegung der Parteispenden und die gesetzliche Verankerung der Quartiermitsprache. Als Befürworter der Vorlage und insbesondere der Parteienfinanzierung erlitt die rot-grüne Stadtratsmehrheit eine Niederlage.

### **Erfolg für die Bürgerlichen**

Siegreich war das «Komitee gegen die Parteienfinanzierung», das von den bürgerlichen Parteien und den Quartierleuten getragen wurde. Die Leiste fürchteten, mit der Verankerung der Quartierkommissionen an Einfluss zu verlieren. Die bürgerlichen Parteien wandten sich insbesondere gegen die Unterstützung der Parteien und gegen die vorgesehene Offenlegung der Parteispenden.

Für FDP-Stadtrat Philippe Müller war gestern bei Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses klar: «Das Thema Parteienfinanzierung ist erledigt.» Das Berner Verdikt habe Signalcharakter, auch Vorstösse zur Parteienfinanzierung auf kantonaler und eidgenössischer Ebene seien damit vom Tisch. Laut Müller habe vorab die Parteienfinanzierung den Ausschlag für das Nein gegeben, nicht die Aufwertung der Quartierkommissionen. Das Nein des Stimmvolkes sei einerseits «ein Sparappell», andererseits wolle man «keine Politik gegen Geld». Die Parteienfinanzierung hätte die Stadt jährlich rund 135 000 Franken, die Professionalisierung der Quartierkommissionen jährlich etwa 90 000 Franken gekostet. Müller sieht keinen Grund, andere Lösungen für die Parteienfinanzierung zu suchen: Mit den Beiträgen an die Stadtratsfraktionen werde schon jetzt der in der Gemeindeordnung vorgeschriebenen Förderung der Parteien Genüge getan.

«Mit solchen Forderungen hat man einen schweren Stand», sagte SP-Stadtratsfraktionschef Raymond Anliker bezüglich der Parteienfinanzierung. Unter diesem Aspekt sei das Resultat «nicht einmal so katastrophal». Offenbar habe «das finanzielle Argument» den Ausschlag gegeben. Anliker zeigte sich überzeugt, dass an der in der revidierten Gemeindeordnung verankerten Unterstützung der Parteien trotz des Neins festgehalten werden müsse: «Ich bin gerne bereit, über eine weitere moderate Lösung zu diskutieren.»

### **Stadt Bern einen Schritt voraus**

Die beiden anderen Abstimmungsvorlagen kamen mit hohen Ja-Anteilen durch: Die Planung «Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wankdorf» und die «Neue Stadtverwaltung Bern NSB». Bern ist damit die erste grössere Schweizer Stadt, in der die so genannte Wirkungsorientierte Verwaltungsführung flächendeckend eingeführt wird.

Seite 11

## **Kommentar**

## Das Fuder überladen

### Stefan Bühler

Die Anpassung des Initiativrechts oder des Abstimmungs- und Wahlprozederes an die neue Gemeindeordnung war unbestritten. Doch hat die rot-grüne Mehrheit in Gemeinde- und Stadtrat gleich noch die rechtliche Verankerung der Quartierkommissionen und die Parteienfinanzierung in die Revision des Reglementes über die politischen Rechte gepackt. Das Fuder war überladen - der vehemente Widerstand der Bürgerlichen sowie der Quartierleiste absehbar. Dass sowohl Parteienfinanzierung als auch die Professionalisierung der Quartierkommissionen Mehrausgaben nach sich gezogen hätten, war da für die Gegner der Vorlage bloss zusätzlich willkommene Munition.

Doch haben von den umstrittenen Punkten nicht beide gleichermassen zur Ablehnung beigetragen: So wurde das Reglement ausgerechnet dort angenommen, wo die Leiste stark sind (Innenstadt) oder lange keine Quartierkommission zustande kam (Nordquartier). In Bern West mit der ältesten und anerkanntesten Quartierkommission resultierte hingegen ein Nein. Dies deutet darauf, dass die Ablehnung sich weniger gegen die Quartierkommissionen als vielmehr gegen die vorgesehene Parteienfinanzierung richtete. Den linken und grünen Parteien ist es also nicht gelungen, der Bevölkerung den Wert der meist ehrenamtlich geleisteten Parteiarbeit aufzuzeigen und die finanziellen Bedürfnisse der Parteien plausibel zu begründen - ein zugegebenermassen schwieriges Unterfangen, handelt es sich dabei doch um oftmals abstrakte Leistungen wie zum Beispiel die politische Meinungsbildung. Deren Wert lässt sich kaum in Franken und Rappen beziffern.

Eine Parteienfinanzierung mit öffentlichen Geldern dürfte es demnach auch in einem zweiten Anlauf schwer haben. Die rechtliche Verankerung der Quartierkommissionen und deren moderate Professionalisierung hat - für sich genommen - indes gute Chancen.

## Parteien verdienen Unterstützung

### Das Reglement über die politischen Rechte honoriert die Arbeit der Parteien angemessen - ein Leitartikel von Stefan Bühler

Parteien haben es schwer. Sie kümmern sich um Angelegenheiten, um die sich in einer Demokratie zwingend jemand kümmern muss, die aber viele Bürgerinnen und Bürger kaum interessieren. Ein Beispiel gefällig? Neben einem Sieg von Bruno Kernin am Lauberhorn oder Familienknatsch im monegassischen Fürstenhaus hat - was das Interesse des Publikums betrifft - die «Totalrevision des Reglementes über die politischen Rechte in der Stadt Bern» schlichtweg keinen Stich. Denn obschon sie auf den Alltag der Bernerin und des Berners mehr Einfluss hat als die Liebeleien adliger Fürstentöchter oder Kernens Materialwahl, löst so eine Totalrevision weder Freudentränen, Gänsehaut noch kollektiven Hurra-Patriotismus aus. Viele lesen wohl nicht mal den Titel der Vorlage zu Ende, über die in der Stadt Bern am 9. Februar abgestimmt wird: «Totalrev . . .» - und umblättern.

Da ist es schon fast bezeichnend für die undankbare Situation der Parteien, dass die wichtigste und zugleich umstrittenste Frage des revidierten Reglementes sie selbst betrifft: Sollen die Parteien in der Stadt Bern Geld aus der Stadtkasse erhalten? 5 Rappen pro Wählerstimme für jede im Stadtrat vertretene Partei pro Jahr - so ist es in der Vorlage vorgesehen. Gemessen an den letzten Wahlen käme das die Stadt auf 135 000 Franken pro Jahr zu stehen.

Nun mag es erstaunen, dass selbst Parteien - als potenziell Begünstigte - gegen die Vorlage kämpfen, die bürgerlichen nämlich: Sie verweisen auf die leere Stadtkasse, warnen vor aufgeblähten Parteiapparaten und sehen mit der staatlichen Parteienfinanzierung das typisch schweizerische Milizsystem in Gefahr.

Die Linken ihrerseits finden die direkte Parteienfinanzierung eine gute Sache. Sie argumentieren mit den zahlreichen Leistungen, welche die Parteien für die Allgemeinheit erbringen: Parteien bringen Ideen und Anliegen aus der Bevölkerung aufs politische Tapet. Parteien suchen und finden im Streit und in der Diskussion untereinander Lösungen und Kompromisse für gesellschaftliche Probleme, sie tragen zur Meinungsbildung bei, und sie vertreten die Interessen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen - um einige Beispiele zu nennen.

An der nun vorliegenden Totalrevision des Reglementes über die politischen Rechte gefällt den Linken weiter, dass künftig alle Parteien offen legen müssten, wer sie mit Geld unterstützt. Dies missfällt den Bürgerlichen - wobei sie kaum mit ihrer grundsätzlichen Abneigung argumentieren. Im Kampf gegen das revidierte Reglement über die politischen Rechte weisen sie vielmehr darauf hin, dass die darin vorgesehene Offenlegung der Parteispenden problemlos und legal umgangen werden könnte. Damit haben sie zwar Recht, doch fragt sich, ob sie tatsächlich daran interessiert wären, diese Schlupflöcher zu schliessen, sollte das Reglement angenommen werden.

Das Argument der Gegner, die Stadtkasse vertrage Mehrausgaben wie die Parteienfinanzierung derzeit nicht, stimmt im Prinzip. In der Sache ist das Ausmass der nun zur Diskussion stehenden Parteienfinanzierung jedoch zu gering, als dass es entscheidend Einfluss auf das städtische Budget von knapp 900 Millionen Franken hätte. Und der Betrag von 135 000 Franken ist sicher immer noch kleiner als der Wert der Arbeit, welche all die Parteien leisten. Die Stadt darf es sich durchaus leisten, diese Arbeit zu



honorieren - mit einer direkten Parteienfinanzierung und nicht bloss über den Umweg von Fraktionsbeiträgen und Sitzungsgeldern, die schon fast regelmässig erhöht werden (müssen).

Das zweite Thema, das in der Diskussion ums totalrevidierte Reglement über die politischen Rechte zu reden gibt, sind die Quartierkommissionen. Ihre Rolle als Ansprechpartnerinnen der Stadtverwaltung soll auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden, und professionellere Sekretariate sollen ihnen die Arbeit erleichtern. Daraus ergeben sich Mehrausgaben von etwa 90 000 Franken jährlich - insgesamt erhielten die Quartierkommissionen künftig pro Jahr also knapp 400 000 Franken.

Auch dagegen wehren sich die Bürgerlichen. Wiederum verweisen sie auf die desolante finanzielle Situation der Stadt. Überdies fürchten sie um die traditionellen Quartierleiste, die lange Zeit als bedeutendste Stimmen ihrer Quartiere grossen Einfluss hatten - wobei sie vorab die Interessen des Gewerbes vertraten. Doch damit ist in den meisten Quartieren schon länger vorbei: Die Leiste leiden mancherorts unter Mitgliederschwund, die Vertretung der Gesamtinteressen eines Quartiers können sie kaum mehr wahrnehmen. An ihre Stelle traten die Quartierkommissionen. Darin sind alle Parteien und Interessengruppen eines Quartiers vertreten - auch die Leiste. Am 9. Februar wird also nicht über das Ende der traditionellen Leiste entschieden.

Indem die Quartierkommissionen nun auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden, erhalten die Stadtteile gegenüber der Verwaltung mehr Gewicht, und die Bevölkerung erhält die Gelegenheit, ihre Anliegen mit Eingaben oder in Vernehmlassungen noch besser einzubringen. Dies dürfte dazu führen, dass letztlich dank den Quartierkommissionen für Planungen Lösungen gefunden werden, die von einer Mehrheit der Quartierbevölkerung getragen werden - das ist ein Gewinn für die Stadt wie für die einzelnen Quartiere und Stadtteile.

Sowohl bei der Parteienfinanzierung als auch von den Quartierkommissionen erhält die Stadt demnach mehr zurück, als sie geben muss. Dem Reglement über die politischen Rechte kann also - trotz den Mehrausgaben - mit gutem Gewissen zugestimmt werden.

Der Beitrag der Stadt ist kleiner als der Wert der Arbeit, welche die Parteien leisten.

Am 9. Februar wird in Bern nicht über das Ende der traditionellen Leiste entschieden.

*Politische rechte*

## **«Nicht gratis zu haben»**

Die Grünen und die Sozialdemokraten kämpfen für mehr Geld und für Transparenz bei der Parteienfinanzierung.

Vereint im «Komitee für lebendige Demokratie» nahmen Grüne und SP gestern den Kampf für die Abstimmung vom 9. Februar zum Reglement über die politischen Rechte (RPR) auf. «Die politische Willensbildung ist ohne Parteien kaum vorstellbar», sagte Daniel Weber (GFL). Es bestehe darum ein klares öffentliches Interesse an funktionierenden, leistungsfähigen Parteien. Aber: «Demokratie ist nicht gratis zu haben», meinte Weber. Er sprach damit die von Bürgerlichen heftig bekämpfte Parteienfinanzierung an, die neu ins RPR aufgenommen wurde: Die Spenden sollen offen gelegt und die Parteien stärker unterstützt werden (wir berichteten).

«Transparenz ist wichtig für die Meinungsbildung», sagte Catherine Weber (GB). Die Wähler hätten ein Recht, zu wissen, wer welches Interesse an welcher Vorlage habe. «Ohne Transparenz wird die direkte Demokratie ausgehebelt», sagte sie. Mit dem RPR gehe es allerdings nicht darum, einen Spendenpranger einzurichten, sondern anonyme Spenden zu verhindern.

Die Beiträge an die Parteien sollen von heute rund 25 000 Franken auf rund 135 000 erhöht werden. Für Raymond Anliker (SP) ein gerechtfertigter Zustupf. Denn: «Praktisch alle Parteien haben Finanzierungsprobleme und zu wenig Geld für Bildung, Nachwuchs, Meinungsbildung und Forschung.» wyl

International

## **Plünderung in letzter Minute**

### **Kurz vor den Wahlen fliessen Millionen aus Kenyas Staatskasse**

kep

#### **Kurt Pelda, Nairobi**

Immer wenn die Kenyaner zu den Wahlurnen gerufen werden, verschwinden auf wundersame Weise enorme Beträge aus der Staatskasse. Auf den ersten Blick geht dabei alles mit rechten Dingen zu. Kenya hat gegenüber der Privatwirtschaft, darunter vor allem Baufirmen, umgerechnet schätzungsweise 330 Millionen Franken an offenen Rechnungen - einige davon sind mehr als zehn Jahre alt. Kurz vor den am 27. Dezember angesetzten Wahlen scheint der Staat nun seinen alten Verpflichtungen nachkommen zu wollen. Das geschieht aber nicht mit direkten Geldüberweisungen. Vielmehr verteilt das Finanzministerium in den letzten Wochen umgerechnet mehr als 80 Millionen Franken in Form von «Spezial-Obligationen» an ausgewählte Bauunternehmen. Diese können die Schuldverschreibungen zum Beispiel an der Börse von Nairobi in Bares umwandeln.

#### **Für die Parteischatulle?**

So kurz vor den Wahlen lassen die plötzliche Eile und der beachtliche Umfang der Transaktionen Verdacht aufkommen. Für die kenyanische Filiale von Transparency International (TI) drohen die wenig transparenten Geschäfte zu einem der grössten Einfallstore für die illegale Parteienfinanzierung zu werden. Viele Rechnungen von Baufirmen sind nämlich schlichtweg erfunden oder massiv überrissen. «Basierend auf diesen aufgeblähten Forderungen, gibt das Finanzministerium Obligationen aus, die sofort verkauft werden, wobei sich die Beteiligten den Erlös teilen», schreibt die Anti-Korruptions-Organisation in einem soeben erschienenen Bericht. Ebenso sei schon vor den Wahlen von 1992 und 1997 verfahren worden. Es gehört zur Natur der Sache, dass die Regierung weder die Namen der betroffenen Unternehmen noch die Zahl der erfundenen oder aufgeblähten Rechnungen bekannt gibt. Exponenten der seit 39 Jahren regierenden Kenya African National Union (Kanu) dementieren, dass mit den Schuldumwandlungen irgendwelche illegalen Geschäfte verbunden seien. Einen Hinweis auf das mögliche Ausmass des Betrugs gibt allerdings ein Bericht, den eine Untersuchungskommission des Finanzministeriums über die ausstehenden Rechnungen von 1998 veröffentlichte. Danach war rund ein Viertel der geschuldeten Beträge frei erfunden. Zufälligerweise stellen die nun «umgewandelten» 80 Millionen Franken ebenfalls ziemlich genau ein Viertel aller offenen Rechnungen dar. Für ein armes Land wie Kenya ist dies ein gigantischer Betrag.

Wenn man der kenyanischen Presse glauben darf, dann sind die Begünstigten in dieser Affäre alles Baufirmen mit besten Kontakten zu prominenten Kanu-Politikern und Regierungsmitgliedern. Eines der Unternehmen soll einem Sohn von Präsident Moi nahestehen. Ähnlich wie TI wirft auch die Wochenzeitung «The East African» der Regierung vor, einen Teil der betrogenen Summe für den Wahlkampf der Kanu zu verwenden. Deren Präsidentschaftskandidat, Uhuru Kenyatta, hinkt gemäss der einzigen einigermaßen kompetent durchgeführten Meinungsumfrage weit hinter Mwai Kibaki von der oppositionellen National Rainbow Coalition (Narc) hinterher.

## **Skepsis an der Börse**

Für Kibaki ist die Schuldenaktion nichts anderes als eine gross angelegte Plünderung, bevor die Regierung von Präsident Moi abtritt. Die Narc versucht, den Betrügern einen Strich durch die Rechnung zu machen: Sie kündigte an, sie werde die «Spezial- Obligationen» nach einem allfälligen Wahlsieg nicht anerkennen. Diese Drohung scheint Wirkung zu zeigen, denn an Nairobis Börse werden die jüngsten staatlichen Schuldverschreibungen zum Teil mit einem deutlichen Abschlag gehandelt. Die begünstigten Unternehmen können die Papiere allerdings auch zu überhöhten Preisen an Staatsunternehmen oder staatliche Banken verkaufen. Diese Form von Plünderung hat in Kenya ebenfalls eine lange Tradition.

Inland

## **Transparenz ist hierzulande kein Kriterium**

**PARTEIENFINANZIERUNG - Woher die Parteien ihr Geld haben, ist Herrn und Frau Schweizer ziemlich egal**

Die Schweizer Parteienfinanzierung ist auch auf der Schwelle zum Wahljahr 2003 eine fast weltweite Besonderheit geblieben: Staatliche Gelder für die Parteien gibt es nicht. Und Transparenz ist kein Kriterium.

### **Andreas Toggweiler**

Was brauchte es in der Schweiz, damit das Wort Parteispendenskandal überhaupt einmal gebraucht wird? - Was im angrenzenden Ausland in den vergangenen Jahren die gestandenen Politiker gleich reihenweise von der Bildfläche gefegt hat, ist in der Schweiz Praxis, ja sogar erwünscht: Parteien erhalten Geld von Firmen, Tarnorganisationen, von ihnen bisweilen selbst unbekanntem Mäzenen. Diese Unterstützung gilt bei uns als normal, ist sogar unerlässlich für das Überleben der Parteien in der Schweiz. Ein «Parteispendenskandal» wäre dementsprechend in der Schweiz, wenn sich der Parteisekretär mit der Kasse unter dem Arm davonmachen würde - ein strafrechtlicher Tatbestand ohne politische Brisanz.

### **Vergleich mit Grossbritannien**

«Die Schweiz tickt anders», sagt der Solothurner Politologe Michael Brändle. Für seine Dissertation hat er vor kurzem einen Förderpreis der Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft erhalten. Brändle, der sich schon seit einiger Zeit der Parteienforschung in der Schweiz widmete, hat darin die Parteienförderung in der Schweiz, in Grossbritannien und den Niederlanden einander gegenübergestellt. Vor Jahren war auch in diesen Ländern die Parteienfinanzierung vergleichbar unreguliert. Während sich das dort geändert hat, blieb in der Schweiz alles beim Alten: Woher die Parteien ihr Geld haben, ist dem Staat mehr oder weniger egal. Er ist - im Gegenteil - froh, wenn er sich nicht auch noch darum kümmern muss.

### **Ein Ausfluss des Milizsystems**

«Diese Tradition hat mit dem Milizsystem der Politik in der Schweiz zu tun», erklärt Brändle. Parteien werden behandelt wie private Vereine, wo sich Menschen auch ehrenamtlich engagieren. Einen weiteren Grund sieht der Politologe in den stark aufgeteilten Machtverhältnissen in unserem Land: Föderalismus, Konkordanz und direkte Demokratie sorgen dafür, dass selbst der Einfluss der «Mächtigen» in der Schweiz relativ ist. Das letzte Wort hat meistens immer noch das Volk.

Dass eine grössere Transparenz in der Schweiz kein Thema ist, liegt laut Brändle auch daran, dass die Parteien selbst die Spielregeln aufstellen: Und sie sind an Transparenz nicht sonderlich interessiert. Die Befürchtung steht im Raum, dass die Spendengelder ausbleiben, wenn die Parteien ihre Buchhaltungen offen legen müssten. Dass die SP von Mitgliederbeiträgen lebt und die FDP von Beiträgen der Wirtschaft scheint den Wählerinnen und Wählern zu genügen.

So einfach ist es aber nicht. «Grosse Konzerne unterstützen die Parteien nicht mehr à fonds perdu», erklärt Brändle. Immer häufiger werde Geld vor allem projektspezifisch gesprochen - also für eine einzelne Abstimmung oder ein bestimmtes Thema. Damit drohe eine gewisse Gefahr der Instrumentalisierung von

Parteien durch Lobbys, meint der Parteienforscher. «Wohin dies führen kann, zeigte die Abstimmung über die Bundesverfassung. Da keine finanzkräftige Gruppe sich damit profilieren konnte, war kein Geld für den Abstimmungskampf der Befürworter da.» Eine kleine, aber finanzstarke Gruppe kann hingegen eine staatspolitisch wichtige Vorlage fast zu Fall bringen.

## **Das Kreuz mit der Transparenz**

Was ist zu tun? - Brändle, einst ein Befürworter von Parteienfinanzierung durch Steuergelder, ist zurückhaltender geworden: «Ob damit die gewünschten Effekte erzielt werden, ist fraglich. Denn solange die Parteien als Gegenleistung nicht in völlige Transparenz einwilligen, kann die Verwendung nicht kontrolliert werden. Die Parteien müssten klar nachweisen, dass sie mit dem Geld beispielsweise Jungpolitiker ausbilden.» Brändle glaubt allerdings, dass die Bereitschaft zu mehr Transparenz bei den Parteien am Wachsen ist - allein, gegen eine staatliche Parteienfinanzierung würde in der Schweiz das Referendum ergriffen - also versucht man es gar nicht erst. Und so bleibt es bis auf weiteres bei der Schweizerischen Besonderheit - auch im Wahljahr 2003.

Und für Politologen wie Michael Brändle gäbe es weiterhin genug Arbeit, die Auswirkungen dieser Schweizer Besonderheit zu untersuchen. Beispielsweise warum eine Bundesratspartei auf Schweizerischer Ebene gar kein Wahlkampfbudget hat, man aber gleichzeitig weiss, dass ein Nationalrat beispielsweise im Kanton Zürich gar nicht anzutreten braucht, wenn er nicht irgendwie - irgendwoher - 100 000 Franken für den Wahlkampf lockermachen kann.

Michael Brändle: Strategien der Förderung politischer Parteien, Bern 2002.

Parteikässeli Wer das Sparschweinchen füttert, ist den meisten Schweizerinnen und Schweizern wurst.

FOTO: gaetan bally/keystone

Zürich

## **FDP lanciert Charity Card**

### **Janine Hosp**

Ende Jahr erhalten die Stadtzürcher FDP Mitglieder einen neuen Ausweis: Die FDP/Charity Card. Dieses Stück Plastik ist zugleich auch eine Kreditkarte (Diners Club) und ein Instrument für wohltätige Spenden. Sie wurde an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung am Diens-tagabend vorgestellt.

Die Bonuspunkte, welche die Karteninhaber entsprechend dem Wert ihrer Einkäufe erhalten, setzen sie nicht für Freiflüge ein, sondern für wohltätige Zwecke. Mindestens 50 Prozent der gesammelten Punkte werden in eine Barspende gewechselt und dem FDP-Bildungsfonds überwiesen. Die restlichen Guthaben kommen wohltätigen Organisationen zugute. Auch Diners Club verzichtet für wohltätige Zwecke auf einen Teil seiner Kommissionen. Mit der neuen Mitgliedskarte könne ein aktiver Beitrag zur leidigen Frage der Parteienfinanzierung geleistet werden, sagte Parteipräsidentin Doris Fiala vor den Delegierten. (jho)

Ausland (AUSLAND)

## **Die britische Labour Party in Geldnöten**

### **Gespanntes Verhältnis zu den Gewerkschaften**

#### **Alioth M.**

Ein tiefes Loch in der Kasse der Labour Party heizt in Grossbritannien die öffentliche Diskussion über das Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften an. Doch eine Finanzierung der Parteien durch den Steuerzahler bleibt tabu.

ali. Dublin, 21. Juli

In Grossbritannien ist die regierende Labour Party in einer schlechteren Finanzlage als je zuvor. Am Sonntag ist ein provisorisches Budget der Partei bekannt geworden, das von Schulden in der Höhe von umgerechnet 14 Millionen Franken ausgeht. Die Behauptung, die Partei werde nicht in der Lage sein, die Wahlkämpfe für das walisische und das schottische Parlament im kommenden Mai zu finanzieren, ist allerdings heftig zurückgewiesen worden.

### **Knausrige Gewerkschaften**

Die Enthüllung über Labours Geldnöte kommt zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt für die Partei. Private Geldgeber halten sich zurück, seit ihre Geschenke unweigerlich auf den Titelseiten der Presse seziert werden. Und die Gewerkschaften, die nach wie vor rund die Hälfte der parteilichen Mittel beisteuern, sind in diesen Tagen nicht in Spendierlaune. Der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes, Monks, sagte der Partei am Sonntag zwar weitere Unterstützung zu, aber manche Einzelgewerkschaften haben in den letzten Monaten aus Protest ihre Überweisungen gekürzt.

Die Spannungen zwischen Labour und den Gewerkschaften werden durch tiefe Meinungsverschiedenheiten über die Reform der öffentlichen Dienste genährt. Die Regierung hatte vergangene Woche starke Ausgabensteigerungen bekannt gegeben, doch die Gewerkschaften reagierten mit Streiks. Der neu gewählte Vorsitzende der zweitgrössten britischen Gewerkschaft, dem der Ruf vorauseilte, ein auf Konfrontation erpichter Altlinker zu sein, drückte sich in einem Fernsehinterview betont konziliant aus. Er wolle mit der Regierung zusammenarbeiten, sagte er. Doch gleichzeitig warf er seinem überraschend gestürzten Vorgänger vor, jeglichen Kontakt zur Basis verloren zu haben. Am Samstag trafen sich linke Labour-Abgeordnete und Gewerkschafter, um eine Rückkehr Labours zu «traditionellen Werten» zu fordern.

### **Alte Ängste**

Premierminister Blair weiss, dass er das Hauptziel seiner zweiten Legislaturperiode - spürbare Verbesserungen im Bildungs-, Gesundheits- und Transportwesen - nicht gegen den Widerstand der Gewerkschaften erreichen kann. Doch Blair hat enorme politische Energien darauf verwandt, das alte Klischee zu widerlegen, dass Labour in der Tasche der Gewerkschaftsbosse stecke. Der offensichtliche Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma Labours indessen, eine Parteienfinanzierung durch den Staat, gilt als politisch kaum durchsetzbar. Der ehemalige Aussenminister und gegenwärtige Fraktionschef Labours im Unterhaus, Robin Cook, hatte zwar unlängst laut darüber nachgedacht, aber der öffentliche Widerstand gegen Steuergelder für politische Parteien wird von den Politikern gemeinhin als unüberwindbar betrachtet.



## Parteienfinanzierung

**Verarmung auf höchstem Niveau**

*Von Matthias Ackeret* — Nach dem Abgang des Patriarchen Walter Frey steckt die SVP in finanziellen Nöten. Geht ihr das Geld aus? Die reichste Partei der Schweiz dementiert.

Eine Schwerreichenpartei befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten. Seit sich der millionenschwere Autoimporteur Walter Frey aus der Politik verabschiedet hat, ist die Stadtzürcher SVP ihre wichtigste Geldquelle los. Unter seiner Ägide ist der Wähleranteil von 6,5 Prozent auf 17,7 Prozent gewachsen. Walter Frey fehlt seiner Partei.

Es sind Tatsachen, die den politischen Gegner auf einen Schwächeanfall und eine Finanzkrise der SVP hoffen lassen. Der permanente Wahlkampf ist ins Stocken geraten – nicht nur die Zahl der «Puurezmorge» ist deutlich zurückgegangen, auch Plakate und Inserate sind immer seltener zu sehen. Bei den wichtigen Vorlagen vom vergangenen 2. Juni, der Limmatquai-Initiative, dem Schauspielhauskredit sowie der eigenen Entwicklungshilfe-Initiative, hat sich die Partei dezent zurückgehalten. Kein Wunder: Kostet doch eine Abstimmungskampagne gegen 500 000 Franken.

Der Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlkampf vom vergangenen März hat die SVP zudem zwischen zwei und drei Millionen Franken gekostet, doppelt so viel wie die SP. «Trotz der Frey-Millionen sieht die Bilanz der Partei katastrophal aus», lästert der Stadtzürcher SP-Parteipräsident und gewiefte Strategie Koni Loepfe, «in den letzten Jahren hat sie praktisch keine Abstimmung gewonnen.»

Die Schadenfreude ist gross, die Zeit der Abrechnung scheint gekommen. «Weniger Geld, weniger Biss», titelt der *Tages-Anzeiger*, und auch die politische Konkurrenz verspürt Kampfeslust: «Endlich gleich lange Spiesse», konstatiert die Stadtzürcher FDP-Präsidentin Doris Fiala. Im Gegensatz zu den meisten andern konnte sich die Blocher-Partei bislang nie über Geldsorgen beklagen – «manchmal ist es aber besser, die Sonne scheint nicht nur aus einer Richtung», so die FDP-Chefin. Der neugewählte Präsident der Stadtzürcher SVP, Rico Bisagno, mag diese Vorwürfe nicht mehr hören.

Zwar gibt er finanzielle Einbussen zu, verweist aber auch auf die Neustrukturierung der Zürcher SVP. Nach dem Abgang des Patriarchen wurde die Parteizentrale von Freys Firmensitz in Zürichs Stadtmitte verlegt, ein neuer Parteisekretär soll die massiv gewachsene Anhängerschaft bei Laune halten.

Um ungefähr eine Million Franken sei das Budget durch den Abgang von Frey geschrumpft, mutmasst Fredy Gsteiger in seiner kürzlich erschienenen Blocher-Biografie; mehrere Millionen Franken seien es, munkelt man im politischen Zürich – genaue Zahlen werden von der sonst so kommunikationsfreudigen Partei keine veröffentlicht.

Aber auch für die nationale SVP war ihr ehemaliger Fraktionschef Walter Frey eine angenehme Rückversicherung. Musste kurzfristig Geld her, so öffneten er und andere SVP-Sponsoren ihre Portemonnaies – so auch 1999, eine Woche vor den nationalen Wahlen. Als Christoph Blocher Nähe zu einem Auschwitz-Leugner vorgeworfen wurde, konterte die Partei mit ganzseitigen Inseraten. Die Rechnung von 100 000 Franken wurde an die Zürcher Kantonalpartei weitergeleitet und bezahlt, so Ueli Maurer damals gegenüber der *Weltwoche*.

Bei der SVP gibt man sich – auch ohne Mäzen Frey – kampflustig und trotzig. «Warum halten uns die andern für so dumm?», beklagt sich Zürichs SVP-Parteisekretär Claudio Zanetti. Geld allein mache nur träge. Fehlen die Mittel, müsse man die Anhängerschaft vermehrt mobilisieren und für Sammelaktionen auf die Strasse schicken. SVP-Präsident Ueli Maurer glaubt sogar, dass durch den Wegfall von Walter Freys Zuwendungen auch die Ausrede verschwinde: «De Frey zaalt sowieso!» Ein gesunder Parteibetrieb müsse ohne Sponsoren funktionieren. Christoph Blocher, Übervater der SVP und wohl deren wichtigster Sponsor, meint prophetisch: «Sollte ich sterben, so muss es die Partei nicht auch tun!»

Ausland

## **Jede Stimme zählt - und zahlt**

### **FRANKREICH - Parteien sahnen bei Wahlen ab**

Geld regiert die Welt - und die französischen Parlamentswahlen. Das Gesetz über die Parteienfinanzierung hat unbeabsichtigte politische Folgen.

#### **Stefan Brändle, Paris**

Über 8000 Kandidatinnen und Kandidaten haben sich in Frankreich für die Parlamentswahlen angemeldet - ein klarer Rekord und eine Zunahme um 30 Prozent seit den letzten Wahlen 1997. Der Grund ist allerdings nicht nur ein verstärktes politisches Interesse nach dem spektakulären Erfolg des Rechtsextremisten Jean-Marie Le Pen bei den letzten Präsidentschaftswahlen. Schuld ist das liebe Geld - genauer gesagt das französische System der Parteienfinanzierung.

### **45 000 Euro pro Abgeordneten, 1.66 Euro pro Stimme**

Im Bemühen, die Korruption zu bekämpfen, wurden in Frankreich Firmenspenden von 1988 bis 1995 schrittweise untersagt. Heute dürfen die politischen Parteien nur noch Spenden von Privatpersonen bis zu 4600 Euro annehmen. Dafür unterstützt der Staat die Parteien mit derzeit 80 Millionen Euro. Grundlage für die Verteilung des Mannas ist je zur Hälfte die Zahl der Abgeordneten und die Zahl der Stimmen in den Parlamentswahlen. Pro Abgeordneten erhält eine Partei 45 000 Euro, pro Stimme 1.66 Euro. Die Hauptnutznießer sind natürlich die grossen Formationen, darunter die Sozialisten, Kommunisten, Gaullisten (RPR), Liberalen (UDF) und Grünen. Parteien wie der rechtsextreme Front national, der wegen des Mehrheitswahlrechts über keine Deputierten in der Nationalversammlung verfügt, werden nur über die Stimmenzahl finanziert.

Aber auch die kleinsten Parteien versuchen abzusahnen. Oder zumindest solche, die sich als Parteien bezeichnen: Schon bei den letzten Parlamentswahlen 1997 traten völlig unbekannte Formationen an, die regelmässig mehrstellige Geldbeträge kassieren - die «Partei für die Freiheit» zum Beispiel 22 000 Euro, «Republikanische Initiative» 48 000 Euro, «Eden, Republik und Demokratie» 32 Euro. Und das wohl gemerkt jedes Jahr. Das Innenministerium belangte gar zwei Organisationen, hinter denen sich Sekten verbargen. Das sind gewiss Randerscheinungen. Dem System der Parteienfinanzierung erwuchs deshalb bisher kaum Kritik. Nun beginnen aber namhafte Politologen zu befürchten, dass es die Wahlergebnisse grossflächig beeinflussen könnte. Indem es die Anziehungskraft für kleine Formationen erhöht, führt es zu einer Aufsplitterung der Parteienlandschaft, was einen inneren Widerspruch zum geltenden Mehrheitswahlrecht darstellt. Um in den zweiten Wahlgang zu kommen, muss ein Kandidat in seinem Wahlkreis im ersten Durchgang 12,5 Prozent der Stimmen erzielt haben. Zahlreiche an sich chancenreiche Kandidaten der Sozialisten befürchten nun, diese Schwelle in einigen Wahlkreisen zu verpassen. Mit den Grünen und den Kommunisten haben sie zwar Absprachen getroffen. Die Trotzlisten und die «Bürgerbewegung» von Jean-Pierre Chevènement schicken aber in den meisten der 577 Wahlkreise eigene Bewerber ins Rennen, um landesweit möglichst viel Stimmen zu erzielen und damit von der Parteienfinanzierung zu profitieren. Die Linke macht sich umso mehr Sorgen, als die generelle Proteststimmung der französischen Wähler ohnehin die grossen Parteien benachteiligt. Deshalb schied der sozialistische Premierminister Lionel Jospin im April bei den Präsidentschaftswahlen mit bloss 16 Prozent bereits im ersten Durchgang gegen Le Pen aus. Die bürgerliche Rechte ist intern weniger gespalten und tritt in den meisten Wahlkreisen geschlossen

an. Allerdings auch nicht überall: An einzelnen Orten verweigert die zentrumsliberale UDF das Diktat der gaullistisch dominierten Einheits-listen «Union für die Präsidentenmehrheit» (UMP) und tritt solo an. Dabei hat die UDF ein handfestes Argument: Wenn sie der bürgerlichen Einheitsliste beitrifft, bezieht sie als Partei in den nächsten 5 Jahren kaum mehr Staatssubventionen.

### **Chirac bittet um «klare und kohärente Mehrheit»**

Präsident Jacques Chirac hat die Franzosen unterdessen «feierlich» darum gebeten, den ihm verbundenen Parteien bei den Parlamentswahlen im Juni eine deutliche Mehrheit zu geben. Diese Mehrheit im Parlament müsse «klar und kohärent sein, damit ich die Politik gestalten kann, die Frankreich braucht», erklärte Chirac gestern im zentralfranzösischen Châteauroux. Er wolle auch eine Mehrheit, die keinerlei Kompromisse mit den Vertretern der Intoleranz und des Fremdenhasses eingehe. Chirac hat seine Landsleute damit vor allem gebeten, es nicht zu einer neuen «Kohabitation» wie in den vergangenen fünf Jahren kommen zu lassen. Das Land habe lange genug die Schwächen und Mängel einer solchen Kohabitation erfahren, sagte Chirac. Heute Mittag hat Chirac allerdings keine Zeit zum Regieren oder für den Wahlkampf. Er werde vor dem Fernseher sitzen, um das Auftaktspiel von Titelverteidiger Frankreich gegen Senegal bei der Fussballweltmeisterschaft zu verfolgen, sagte er.

Stadt Bern

## Höhere Entschädigung für Präsidium und Fraktionen

BERNER STADTRAT / Übermorgen befasst sich das Stadtparlament mit der eigenen Hausordnung: Es geht um die Totalrevision des Geschäftsreglements. Das Stadtratspräsidium und die Fraktionen sollen mehr Geld erhalten - nicht aber die einzelnen Ratsmitglieder.

swe. Seit Anfang 2000 ist die neue Gemeindeordnung (GO) in Kraft. Nach und nach gilt es nun, das städtische Recht an die aktuelle GO anzupassen, zum Beispiel eben auch das Geschäftsreglement des Stadtrats, das totalrevidiert wird. Am Donnerstag hat sich das Parlament dafür eine Doppelsitzung reserviert. «Es ist nicht die Revolution», erklärte SP-Stadtrat Res Zysset, der das Geschäft vor dem Plenum als Mitglied der stadträtlichen Spezialkommission Rechtsetzung vertreten wird, auf Anfrage. In der Kommission sei es darum gegangen, Effizienz und Demokratie im Ratsbetrieb in Einklang zu bringen. Ausserdem sei die Kommission vor der Frage gestanden, wie detailliert ein solches Reglement ausgestaltet sein soll.

### Rüffel vom Gemeinderat

Eine klare Meinung zu diesen Fragen hat die Stadtregierung - obwohl sie formal das Reglement nicht mitbestimmen kann: Das Anliegen, den Ratsbetrieb effizienter zu gestalten, sei «zugunsten möglichst weit gehender Diskussionsmöglichkeiten im Rat geopfert» worden, kritisiert der Gemeinderat in seiner Stellungnahme. Er zeigt sich überhaupt «überrascht, wie wenig sich mit der Totalrevision ändern soll». Einige Punkte dürften am Donnerstag dennoch zu reden geben. Zum Beispiel der Artikel 10, der die Entschädigungen regelt: «Diese werden sehr sanft angepasst», unterstrich Res Zysset.

### 10 000 statt 5000 Franken

Zwar bleibt das Sitzungsgeld für die einzelnen Stadtratsmitglieder gleich. Es beträgt - gemäss einem separaten Stadtratsbeschluss - 60 Franken. Neu soll jedoch die Stadtratspräsidentin oder der Stadtratspräsident einen höheren Betrag «für die mit dem Amt verbundenen Aufwendungen» erhalten, nämlich 10 000 statt wie bisher 5000 Franken. Die bisherigen Pauschalspesen reichten nicht aus, erklärte Stadtrat Zysset: «Die Betroffenen zahlen oft sogar noch drauf.»

Ebenfalls erhöht werden sollen die Beiträge an die Fraktionen. Diese erhalten zwar wie bisher einen jährlichen Unkostenbeitrag von 20 Sitzungsgeldern, zusätzlich sollen ihnen aber für jedes Fraktionsmitglied künftig vier statt drei Sitzungsgelder ausbezahlt werden. Die FDP wird diese Absicht unterstützen, wie Fraktionschef Adrian Haas auf Anfrage sagte - und sogar für zusätzlich sechs statt vier Sitzungsgelder pro Mitglied plädieren. «Doch damit ist dann der Mist geführt», erläuterte Haas den Hintergrund des FDP-Antrags, sprich: Die Freisinnigen wollen es bei dieser «indirekten behutsamen Parteienfinanzierung» belassen. Die in einem anderen Reglement - jenem über die politischen Rechte - vorgesehene ausgedehntere Parteienfinanzierung werden sie bekämpfen. Im Reglement über die politischen Rechte schlägt der Gemeinderat vor, dass die im Parlament vertretenen Parteien künftig für jede bei den Wahlen erhaltene Stimme fünf Rappen kassieren sollen. Die Stadt würde so 100 000 Franken für die Parteien ausgeben statt wie bisher 25 000 (siehe «Bund» vom 5. April).

Für Diskussionen sorgen wird weiter Artikel 58a des Geschäftsreglements: Neu sollen nicht bloss Interpellationen dringlich erklärt werden können, sondern auch die verbindlicheren Motionen und Postulate.

Der Gemeinderat müsste so rascher auf parlamentarische Vorstösse antworten.  
Die Rechtsetzungskommission befürwortet das totalrevidierte Reglement mit 7 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## **Mit der Parteienfinanzierung kommt ein heisses Eisen aufs Tapet**

STADT BERN / Nun hat die Berner Stadtregierung die Totalrevision des Reglements über die politischen Rechte verabschiedet. Knackpunkte sind die Parteienfinanzierung und die Beiträge der Stadt an die Quartierorganisationen. Diese beiden Themen dürften im Hinblick auf die Volksabstimmung im September noch für heftige Diskussionen sorgen.

db. Wenn es nach der Berner Stadtregierung geht, sollen die Parteien künftig von der Stadt Beiträge erhalten. Jede im Parlament vertretene Partei soll für jede Stimme, die sie bei den letzten Wahlen erhalten hat, fünf Rappen kassieren. Die Stadtkasse würde dies aufgrund der Wahlergebnisse 2000 mit über 100 000 Franken belasten (siehe Tabelle).

Die Parteienfinanzierung ist unter den Parteien selber heftig umstritten. Die neue Gemeindeordnung, die seit Anfang 2000 in Kraft ist, sieht sie aber vor, ebenso wie die Mitwirkung der Bevölkerung. Statt dafür zwei eigenständige Reglemente zu erlassen, hat sich der Gemeinderat entschieden, beide Bereiche ins Reglement über die politischen Rechte zu integrieren. Dessen Totalrevision ist vom Gemeinderat nach einer breit angelegten Vernehmlassung nun verabschiedet worden. Wie der städtische Informationsdienst gestern mitteilte, ist die Volksabstimmung für diesen September vorgesehen.

### **Parteien sollen Zahlen zeigen**

Die Parteienfinanzierung ist vor allem deshalb umstritten, weil sie an Bedingungen geknüpft ist. Die Parteien, die davon profitieren möchten, werden nämlich dazu verpflichtet, über die Herkunft und die Verwendung ihrer Mittel Rechenschaft abzulegen und gegenüber dem Stadtrat ihre Jahresrechnung offen zu legen. Darüber hinaus wird den Parteien untersagt, anonyme Spenden entgegenzunehmen. Diese Bedingungen sind vor allem für die bürgerlichen Parteien unannehmbar. Die Parteienfinanzierung wird von ihnen denn auch geschlossen abgelehnt (siehe «Bund» vom 3. 1. 2002). Begrüsst wird sie dagegen beispielsweise von der SP: Die Finanzierung der Parteien ermögliche es diesen, professioneller zu arbeiten, heisst es dort. Wird die Neuerung eingeführt, würden die bisher an die Fraktionen ausgerichteten Sitzungsgelder von insgesamt 25 000 Franken entfallen. Unter dem Strich würde die Stadt mit 110 000 Franken zusätzlich belastet (bei einer Wahlbeteiligung von 42 Prozent wie im Jahr 2000). Ist die Wahlbeteiligung höher oder kleiner, beeinflusst dies die Gesamtsumme direkt.

### **1.50 Franken pro Kopf**

Umstritten sind ebenfalls die Beiträge, die in die Quartiere fliessen sollen. Die Gemeindeordnung räumt der Quartierbevölkerung das Recht ein, dort mitwirken zu dürfen, wo das Quartier besonders betroffen ist. Dies soll über anerkannte Quartierorganisationen geschehen. Die Anerkennung und damit die finanzielle Unterstützung erfolgt nur, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Mittlerweile verfügen bereits fünf der sechs Stadtteile über anerkannte Organisationen. Noch kein Gremium gibt es für die Innere Stadt. Pro Jahr erhält jede Kommission Beiträge in der Grössenordnung von mehreren Zehntausend Franken. Der Grundbeitrag beträgt gemäss Reglementsentwurf maximal 20 000 Franken. Dazu kommen 1.50 Franken pro Kopf der Quartierbevölkerung (was für die Länggasse knapp 40 000 Franken ergäbe) sowie 2000 Franken für jede Vorlage, die von der Organisation im Mitberichtsverfahren behandelt wird.

Die Organisationen an und für sich sind unbestritten, weil über sie der Informationsfluss kanalisiert werden kann. Umstritten ist aber ihre Finanzierung. Bekämpft wird sie insbesondere vom Verband der Quartier- und Gassenleiste. Dieser befürchtet letztlich eine Abwertung der Leiste.

## **Jugendliche und Kinder**

Die Gemeindeordnung sieht auch für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ein Reglement vor. Der Gemeinderat hat allerdings darauf verzichtet, es ebenfalls ins Reglement über die politischen Rechte zu integrieren. Für diese neuen Formen der Mitwirkung soll ein eigenes, möglichst jugend- und kindergerechtes Reglement erlassen werden, steht in der gestrigen Mitteilung.

## **Was jede Partei erhalte**

Partei Stimmen Beitrag in Wahlen 2000 Franken  
SP 940 629 47 031  
FDP 516 908 25 845  
SVP 374 353 18 718  
GB 190 329 9 516  
GFL 162 132 8 107  
CVP 103 902 5 195  
SD 85 830 4 292  
EVP 83 085 4 154  
JA 72 140 3 607  
JF 54 453 2 723  
ARP 48 087 2 404  
GPB 41 986 2 099  
Total 133 692

## **Wirtschaft dreht den Geldhahn zu**

BERN - Der Wirtschaftsverband Economiesuisse will keine Geldmittel in die Kampagne gegen die SVP-Gold-Initiative stecken. Die Habenichtts-Parteien FDP, CVP und SP sind alarmiert. Nicht nur das: Auch für die Abstimmung um die Fristenregelung will die Wirtschaft kein Geld geben.

Die Hiobsbotschaft traf vor einer Woche ein. Der Spitzenverband der Wirtschaft, Economiesuisse, liess bürgerliche Politiker wissen, er werde sich finanziell nicht am Abstimmungskampf gegen die SVP-Gold-Initiative beteiligen.

Kommt Economiesuisse nicht auf den Entscheid zurück, dann heisst das: Blocher wird wie gewohnt Millionen aufwerfen können, um seine Initiative durchzuboxen. Die Gegner werden mit nahezu leeren Händen dastehen.

«Auch die Wirtschaft muss sich engagieren», fordert FDP-Generalsekretär Guido Schommer. Offenbar will Economiesuisse jetzt noch einmal über die Bücher.

Der Fall zeigt die dramatische Abhängigkeit der Parteien von der Wirtschaft. Und ein altes Grundproblem: Weil die Schweiz keine Parteienfinanzierung kennt, fehlt FDP, SP und CVP für grosse Abstimmungskampagnen schlicht das Geld. Besser hats die SVP. Ihr Vormann und Chemie-Milliardär Christoph Blocher macht regelmässig Millionen locker. Sofern die Partei spurt.

Welche Folgen das hat, zeigt derzeit die Kampagne um die Fristenregelung. Auch dort engagiert sich die Wirtschaft nicht. Die Befürworter werden deshalb kaum Geld investieren können. Anders die fundamentalistischen Abtreibungsgegner. Ihre Kriegskassen sind offensichtlich voll. Im Hinblick auf die Juni-Abstimmung schalten sie schon heute halbseitige Inserate gegen die Befürworter der Fristenregelung.

**Henry Habegger**